

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

55. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 29.04.2021
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	JHA: Video-Konferenz; https://global.gotomeeting.com/join/193281949

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne
Herr Tilo Siewer	Grüne
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD
Herr Daniel Schwarz	SPD
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE
Frau Petra Schrader	DIE LINKE
Herr Dimitri Golodni	CDU
Herr Michael Wehler	AfD
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD
Frau Heidemarie Depil	JHA BD
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA BD
Frau Andrea Lang	JHA BD
Herr Dirk Stiebritz	JHA BD
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser	BzStRätin Jug
Herr Armin Gaspers	JHA beratendes Mitglied
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Die drohende Räumung der Potse am 19.05.2021, zu der die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Januar einen Dringlichkeitsantrag mit der Nummer 2904/V eingebracht hat, wird unter TOP 3.2 behandelt.

Die Tagesordnung wird wie vorliegend behandelt.

zu 2 Genehmigung der Protokolle
zu 2.1 zur 53. Sitzung am 11.02.2021

Der TOP wird vertagt.

zu 2.2 zur 54. Sitzung am 04.03.2021

Der TOP wird vertagt.

zu 3 Mitteilungen
zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden

Der Vorsitzende erfragt Vorschläge zur Tagesordnung der kommenden Sitzung, die bereits in einer Woche stattfindet, zusätzlich zu den regulären Themen. Frau Goral (Jugendamt) bittet, den TOP „Jugendhaushaltsplan vor Eckwertebeschluss“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Für den Fall, dass das Thema „rund um Corona“ heute nicht ausreichend behandelt werden kann, sollte auch dieser am 06.05.2021 erneut aufgenommen werden.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Die Mitteilungen liegen schriftlich vor.

Frau BzStRätin Reiser informiert ergänzend, dass das Familienförderungsgesetz am 15.04.2021 im Rat der Bürgermeister behandelt und beschlossen worden sei. Nun liege es dem Abgeordnetenhaus vor und sei in einer ersten Lesung behandelt worden. Die finanzielle Gestaltung sei jedoch aktuell noch unklar.

Zum Sachstand des BVV-Beschlusses 3110/V, mit dem der Aufbau eines vom Jugendamt als Bedarf festgestellten Naturkindergartens unterstützt werde, informiert Frau BzStRätin Reiser, dass die Planung aufgenommen worden sei. Das Stadtplanungsamt sei um eine Stellungnahme zur Standortwahl gebeten worden, die auch die Belange des Umweltamts mitberücksichtigen soll. Die Elterninitiative habe sich jedoch hilfeschend an sie gewandt und am 30.03.2021 zu einer ämterübergreifenden Videokonferenz eingeladen, an der mit Ausnahme des Stadtentwicklungsamts Vertreter der beteiligten Ämter teilgenommen haben. Somit seien in dieser Sitzung verschiedene Standorte geprüft worden. Die Streuobstwiese an der Ecke Afrikanische Straße/Seestraße, die im Fachvermögen der Abteilung Schule liege, erscheine am meisten geeignet, stehe aber noch in der Prüfung. An Herrn BzStR Spallek sei eine Anfrage zur Prüfung gestellt worden. Zum Standort am Plötzensee gebe es seitens des Umweltamts naturschutzrechtliche Bedenken. Das Stadtplanungsamt gebe zu bedenken, die Entstehung einer Splittersiedlung zu berücksichtigen sei und verweist auf § 35 BauGB.

Bezüglich der Kommunikation an die Elterninitiative habe es eine ämterübergreifende Aufarbeitung zur Identifizierung der Mängel gegeben. Das Stadtplanungsamt setze die Elterninitiative regelmäßig in Kenntnis. Nach dem vorliegenden Kenntnisstand sei die Streuobstwiese als alternativer Standort für die Elterninitiative akzeptabel.

Der Vorsitzende erbittet eine Aktualisierung des Sachstands in der nächsten Sitzung.

Zum Sachstand zum Beschluss 2904/V informiert Frau BzStRätin Reiser, dass sie das Thema „Räumung der Potse“ mit Dringlichkeit in die Bezirksamtssitzung genommen habe. Nach Rücksprache mit den Betreibern der Poste werde Mithilfe eines Aufrufs in der Presse nach Ideen zu Ausweichräumen gesucht. Bislang seien keine Rückmeldungen eingegangen. Die vom BA geplanten und geprüften Standorte haben sich als ungeeignet herausgestellt. Zurzeit laufen fortgeschrittene Verhandlungen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen zu einem Grundstück auf dem Tempelhofer Feld. Die Räumung sei für Mitte Mai geplant. Frau Goral (Jugendamtsleitung) erklärt, dass eine Aufnahme als Gaststatus in den eigenen Räumlichkeiten aktuell nicht machbar sei. Der Vorsitzende konkretisiert, der Räumungstermin sei am 19.05. und schlägt vor, die

Räumung der Potse mit auf die künftige Tagesordnung zu setzen.

Zum Thema Impfen und Testen im Jugendamt berichtet Frau Goral, dass in der Kinder- und Jugendhilfe mit Ausnahme der Beschäftigten im Regionalsozialpädagogischen Dienst aktuell nicht geimpft werde. Das Jugendamt vergebe Codes an Familien mit geistig und/oder seelisch behinderten Jugendlichen ab 16 Jahren. Beschäftigten in Tagespflegen als auch Personen, die mit vorhandener Pflegegradstufe geistig und/oder seelisch behinderte Menschen betreuen, gehören zu den priorisiert Berechtigten. Gemäß der Infektionsschutzverordnung, die im Mai 2021 in Kraft trete, werden alle Beschäftigten des Jugendamts eine Impfpriorität erhalten. Aktuelle werde zwei Mal wöchentlich getestet.

Frau Schauer-Oldenburg setzt sich für die Impfung von geflüchteten Familien ein und möchte einen genauen Sachstand vom BA. Frau Goral pflichtet dem Thema eine enorme Wichtigkeit bei und versichert, zusammen mit dem Gesundheitsamt im Austausch zu stehen.

zu 4 **Antrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in ASOG Einrichtungen**

Der Vorsitzende verweist auf gesandten Antragsentwurf „Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in ASOG-Unterkünften dringend verbessern“, als Ergebnis der gemeinsamen Sitzung mit SozGes, und dankt allen Beteiligten.

Es folgt ein fachlicher Austausch zu dem Antragsentwurf mit folgendem Ergebnis:

Änderungsvorschlag zu Nr.1

Nach den Worten „ASOG Unterkunft“ wird in Klammern hinzugefügt: Obdachloseneinrichtungen gemäß dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz.

Änderungsvorschlag zu Nr.4

Nach dem ersten Wort „werden“ wird ergänzt: bzw. den Kontakt zu den jeweiligen Jugendämtern zu vermitteln.

Neue Nr. 5

Um eine bessere und ressortübergreifende Betreuung zu erreichen, soll die Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche und deren Familien in ASOG Einrichtungen entsprechend der Zuständigkeit für Geflüchtete Familien in Einrichtungen des Landes sich nach dem Wohnortprinzip richten.

Nr.5 wird zu Nr.6

Nr.6 wird zu Nr.7

...

Änderungsvorschlag zu Nr.6

Dem Text wird ergänzt: Mit den Betreibern der ASOG Einrichtung ist Kontakt herzustellen und zu pflegen.

Neue Nr. 13

Über die Umsetzung der vorgenannten Punkte ist der BVV halbjährlich, erstmalig zum 30.11.2021 zu berichten.

Sprachliche Änderungen:

Nr.3

„allen Kindern“ soll klein geschrieben werden.

Nr.4

„engen Kontakt“ soll klein geschrieben werden.

Nr.7

Verbessert in: „Standards von ASOG Einrichtungen“.

Beim letzten Satz „..., dass die technische Ausstattung für digitalen Unterricht...“.

Nr.12

Geändert in: „..., um Kinder in ASOG Unterkünften“

Dem geänderten Antrag wird einstimmig ohne Enthaltung zugestimmt. Der Antrag wird an

SozGes weitergeleitet.

zu 5 Finanzierung der Angebotsform 5 im Haushalt 2021/2022

Der Vorsitzende habe der Senatsverwaltung für Finanzen als auch der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Sachlage im Bezirk Mitte in einem Schreiben geschildert, das an Herr BzBm von Dassel zur Kenntnis gegangen sei. Dieses ist den Ausschussmitgliedern zusammen mit der darauf bezogenen Stellungnahme des Herrn BzBm von Dassel per E-Mail übersandt worden.

Frau BzStRätin Reiser erklärt, dass die Anschubfinanzierung zur Angebotsform 5 mit dem Antrag des Jugendamts auf gesamtstädtische Mittel eng verknüpft sei, da letzterer die vollumfängliche Weitergabe des Budgets zur Angebotsform 5 voraussetze. Sie habe mit der Antragstellung auf die beiden verschiedenen Sichtweisen im Bezirk hingewiesen und als Anlagen den Beschluss der BVV sowie die Stellungnahme des Bezirksbürgermeisters beigefügt. Bisher sei dem Jugendamt der Eingang der Unterlagen als auch die Prüfungsabsicht bestätigt worden. Eine schriftliche Rückmeldung liege noch nicht vor. Am 23.04.2021 sei auf der Jugend-Stadträt*innensitzung mitgeteilt worden, dass sie eine schriftliche Bitte zur Bestätigung des vollumfänglichen Erhalts des Budgets zur Angebotsform 5 erhalten werde, auch diese liegt noch nicht vor. Sie werde nach ihrer Sicht die Weitergabe jedoch nicht bestätigen, sondern nur den Erhalt im Budget des Bezirks Mitte. Die inzwischen vorliegende Vorlage zur Kenntnisnahme 2921/IV werde sie beifügen.

Die Stellungnahme der AG1 in Kooperation mit der AG Mädchen* und junge Frauen*, der AG Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Moabit und dem beratenden Mitglied James Rosalind liegt den Ausschussmitgliedern vor. Diese unterstütze das Bestreben der vollumfänglichen Weitergabe der Mittel für die Angebotsform 5.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) verweist auf die Antwort zur Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit der Nummer 3045/V, die die Sichtweise des Bezirksamts weiterhin bestätigt. Inzwischen liege auch ein Bericht an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses vor, in dem darauf hingewiesen wird, dass der von Frau BzStRätin Reiser genannte Bericht aus zwei Bezirken noch nicht vorliege. Der Unterausschuss „Bezirke“ werde am 19.05.2021 dazu beraten und befinden, wie weiter verfahren werden soll. Diesen werde sie mit der Bitte um Weiterleitung an den JHA an das BVV-Büro übersenden.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass nach der Sichtweise des Bezirksamts die in 2019 erkämpften Titelerhöhungen für 2020 und 2021, abzüglich der Umlagen, auf die durch die Senatsverwaltung zusätzlich gewährten Mittel für die Angebotsform 5 angerechnet werden. Zusätzlich seien die von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in Aussicht gestellten Mittel in Höhe von 176.000 € für offene standortgebundene landesweite Angebote ungewiss. Zu überlegen sei, welcher Präzedenzfall geschaffen würde. Haushalterisch sei nicht nachvollziehbar, dass Umgehungen gesucht werden, anstatt die vollumfängliche Summe an das Jugendamt weiterzureichen. Es sei nun auch nicht mehr möglich, 250.000 € bis zum Jahresende auszuschöpfen.

Der Vorsitzende möchte politisch nicht nachgeben, da man sonst nie auf die geplanten Ausstattungsgrößen kommen werde.

Frau BzStRätin Reiser kritisiert die Art und Weise, wie die Anschubfinanzierung in die Bezirke einfließe. Sie vermute im schlimmsten Fall eine Wiederholung bei dem Familienförderungsgesetz. Sie sehe hier eine Grundsatzproblematik. Für sie sei die Stellungnahme der AG'en klar und deutlich, sodass sie definitiv nicht schriftlich bestätigen möchte, dass es eine vollumfängliche Weitergabe der Anschubfinanzierung gab. Für die Verwaltung sehe sie es als wünschenswert, eine Planungssicherheit zu bekommen. Die vollumfängliche Weitergabe sei eine Grundlage und eine Voraussetzung. Es bestehe demnach das Risiko, dass die weiteren Mittel ausbleiben, wenn die Grundlage nicht erfüllt werde.

Frau Goral informiert zu ihrer Stellungnahme an Herrn Seibt (Abteilungsleiter SenJug). Die Produktsummenbudgetentwicklung zwischen 2020 und 2021 habe 2 Mio. € zusätzli-

che Mittel eingebracht. Der Betrag von 190.000 € als ansatzerhöhende Wirkung sei für die Weiterentwicklung der Angebotsform 5 eingestellt worden. Sie habe zudem auf das bereits erarbeitete Konzept für die Angebotsform 1 hingewiesen, die mit 176.000 € im Wege der auftragsweisen Bewirtschaftung für die Erweiterung der Angebotsstunden ausgestattet werde. Sie betont, dass es eine Produktsammenbudgeterweiterung zwischen 2020 und 2021 in Höhe von 2 Mio. € gegeben habe, diese aber nicht zu Ansatzserhöhungen geführt habe. Das sei nicht erfragt worden. Dem Jugendamt liege viel daran, die Jugendarbeit auszubauen, da bereits viele eigene Mittel investiert worden seien. Die Bezirke, die viele eigene Mittel schon vorher erbracht haben, seien nicht diejenigen, die vorrangig profitieren.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Jugendamt für den Einsatz und das Engagement.

zu 6 Berichterstattung aus den AG'en 78

Frau Kroggel (Sprecherin für schulbezogene Jugend- und Sozialarbeit):

Kinder und Familien werden in Corona Zeiten stärker unterstützt. Kinderschutz im Bereich der psychischen Gesundheit spiele aktuell eine große Rolle. Auch der verstärkte Medienkonsum der Kinder und wie man darauf reagiere, sei eine neue Herausforderung. Als AG haben sie ihre Mitarbeiter*innen zu Ihrer Arbeit und der neuen Schwerpunktsetzung durch Corona befragt. Das Ergebnis der Umfrage haben sie in einem Podcast zusammengefasst. Den Link zum Podcast erhalten die Ausschussmitglieder im Chat der Videokonferenz.

<https://soundcloud.com/ag78mitte/ag78-sas-mitte-podcast>

Frau Kiefer (AG Mädchen* und junge Frauen*)

Frau Kiefer stellt sich als neu gewähltes stellvertretendes beratendes Mitglied vor. Sie arbeite seit Oktober 2020 bei MÄDEA und sei seit Januar dort die Projektleitung.

Die AG 1 berichtet in der nächsten Sitzung.

zu 7 IBV Seydlitzstr.

Herr Lehmann verweist auf vorliegende Unterlagen. Für das Öffnen der Unterlagen, geplant für den 18.06.2021, suche er noch Unterstützung aus dem Ausschuss. Frau Bierwirth erklärt sich bereit auszuhelfen.

Zur Vorlage bestehen keinerlei Nachfragen.

Die Vorlage zum Interessenbekundungsverfahren wird einstimmig beschlossen.

zu 8 Zielvereinbarungen Kitaausbau/Sprachförderung – Antworten auf eingereichte Fragen

Aufgrund Zeitablaufs wird der TOP vertagt.

zu 9 Bericht aus der AG Förderverfahren

Herr Lehmann (Leiter AG Förderverfahren) verweist auf die vorab übersandten Unterlagen.

Die Berücksichtigung des Jugendfördergesetzes und die Angebotsformen sei in diesem Jahr neu hinzugekommen. Er geht detailliert auf die Änderungen in der Beschlussvorlage ein.

Herr Beckmann ergänzt, dass ebenfalls in der Arbeitsgruppe diskutiert wurde, wie sinnvoll die Darstellung einer Priorisierung in dem Fördervorschlag sei. Die Bewertungsraster seien sehr grob und geben keine genaue Auskunft über die Qualität der Projekte. Kritik kommt auch von den Seiten der Träger, da vermeidlich ein Bild vermittelt werde über die Qualität der Arbeit der Träger, die durch das Bewertungsraster nicht differenziert genug dargestellt werde. Die Förderentscheidung selbst müsse man dann im Einzelfall gesondert unterlegen. Aus Sicht der Arbeitsgruppe gebe es somit keinen Bedarf mehr für die Bewertungsraster.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig beschlossen.

zu 10 Rund um Corona

Aufgrund Zeitablaufs wird der TOP vertagt.

zu 11 Aktuelle Viertelstunde

Aufgrund Zeitablaufs entfällt der TOP.

zu 12 Beratung von Drucksachen

zu 12.1 Für eine partizipative, verlässliche und zukunftssichernde Kindertagesbetreuung in Mitte!

Drucksache: 2854/V

Der TOP wird vertagt.

zu 13 Verschiedenes

Aufgrund Zeitablaufs entfällt der TOP.

gez.
T. Siewer
Vorsitzender

Haaske/Ersek
Protokollantinnen